Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 29

Artikel: Geschichte im Abriss

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076885

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Trotzdem hat der Konflikt dem Ostblock in einem Ausmass geschadet, wie es nicht vorauszusehen war. Wie konnte es dazu kommen? Idologische Differenzen als Ausdruck anderer Machtinteressen sind nicht neu. Der Fall Jugoslawien ist bereits 15, der Fall Trotzky 35 Jahre alt. Mehr denn je ist es im Konflikt zwischen der Sowjetunion und Volkschina jedoch ein Kampf zweier Mächte von (heute noch) ähnlicher Macht um die Führung, zweier Mächte, die unbesiegbar sind. Daher haben Moskau und Peking die Tendenz, bis aufs äusserste zu gehen, um den Partner zum Nachgeben zu zwingen. Dieses todernste Spiel kann sich sehr leicht der Kontrolle entwinden, besonders wenn die beiden Diktatoren ihre Möglichkeiten zur unvermittelten Kursänderung überschätzen.

Das dürfte im vorliegenden Fall passiert sein. Mao und Chruschtschew haben die Diskussion treiben lassen in der Meinung, sie nötigenfalls sofort abbrechen zu können. Das ist jedoch nicht mehr möglich, seit die Satelliten ihre Sympathien nicht nur bekunden, sondern offenbar — man denke an Rumänien — auch wechseln können. Damit ist der Bildung von Fraktionen Tür und Tor geöffnet, was zuguterletzt an der Existenz des kommunistischen Staatensystems rütteln muss.

Fraglos wird der Konflikt zwar nicht aus der Welt geschaffen, aber überbrückt werden können. Der Preis wird allerdings hoch sein: ein Kopf muss mindestens rollen, der von Mao oder der von Chruschtschew. Noch hat der Führer der Sowjetunion die höheren Chancen; doch bald wird der Führer Rotchinas das bessere Ende für sich behalten können. Wie rasch Köpfe rollen können, hat der Fall Stalins gelehrt.

Nicht im ideologischen, sondern im machtpolitischen Feld wird diese Entscheidung fallen. Sie wird daraufhin «ideologisch» besiegelt werden durch die neuerfundene «Einheit der grossen Bruderparteien, die im Kampf gegen den Imperialismus die Befreiung der Welt anstreben».

GESCHICHTE IM ABRISS

Die moderne Geschichte Chinas beginnt um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als während des «Opiumkrieges» (1840—1842) die traditionelle bürokratische und feudale Agrargesellschaft des Jahrtausende alten «Reiches der Mitte» bis dahin geistig, politisch und wirtschaftlich in sich geschlossen zum erstenmal mit der dynamischen, industrialisierten bürgerlichen Gesellschaft des Westens aufeinanderstiess. Dieser Zusammenstoss stellte das 2000 Jahre alte Weltbild des Konfuzianismus und die politische und soziale Struktur des alten China in Frage. Revolutionäre Erschütterungen waren unausbleiblich, weil die entstandenen Spannungen zu gross und zu heftig waren.

Die erste Erschütterung kam mit der «Taiping»-Revolution (1850—1864), die, vom Süden des Landes ausgehend, sich schnell auf grosse Teile Süd- und Mittelchinas ausdehnte. In ihrer äusseren Form noch den herkömmlichen Bauernaufständen gleichend, trug sie doch schon westliche revolutionäre Ideen in sich: pseudo-religiöse Vorstellungen über Volk und Nation und übernommenes Gedankengut aus der französischen Revolution. Im Jahre 1860 drohte die Revolution die bereits brüchige Manchu-Herrschaft zu stürzen, aber die alte Herrschaft vermochte sich nochmals zu behaupten und unternahm einen von vornherein zum Scheitern verurteilten Restaurationsversuch. Die alte Ordnung liess sich vor allem deshalb nicht mehr verankern, weil das konfuzianische System nicht in der Lage war, mit einer völlig veränderten Situation fertig zu werden.

Aeussere Aggression und innere Auflösung arbeiteten Hand in Hand und erreichten in den neunziger Jahren einen Höhepunkt. Der Versuch der jungen chinesischen Literaten, unter der Führung von K'ang Yu-wei eine geistige Reform durchzuführen (1898) und die Grundlehren des Konfuzianismus in die neue Zeit hinüberzuretten, war kein geeignetes Mittel, um der inneren Auflösung und der äusseren Bedrohung Herr zu werden. Der Boxeraufstand (1900), von den Kolonialtruppen unbarmherzig niedergeschlagen, war der letzte Versuch des alten China, sich von der Fremdherrschaft der Kolonialmächte zu befreien.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1905) entstand in Tokio der «Chinesische Revolutionsbund» unter der Führung Sun Yat-sens, des

Mao Tse-tung verliest die Gründungsdeklaration der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949.

«Vaters der chinesischen Revolution», als Vorläufer der späteren Nationalen Partei, der Kuomintang. Die Ziele des Revolutionsbundes konzentrierten sich zunächst auf die endgültige Zerschlagung der Manchu-Herrschaft und auf die Gründung einer chinesischen Republik. Die Ideen Sun Yat-sens griffen auf dem chinesischen Festland rasch um sich, und obwohl einige konkrete Putschversuche scheiterten, kam es 1911 zu Erhebungen im ganzen Land. Grosse Teile des kaiserlichen Militärs stellten sich auf die Seite der Revolutionäre, die in der Folge — ohne grosse Kämpfe — die Abdankung der Manchu-Dynastie erreichten. Jedoch waren die Revolutionäre ihrer geschichtlichen Aufgabe nicht gewachsen. Sie hatten die alte Ordnung zerschlagen, ohne gleichzeitig etwas überzeugend Neues an die alte Stelle setzen zu können. Mit der letzten Dynastie des Kaiserreiches war auch der traditionelle Staatsgedanke und das einigende Band, das bisher das grosse Reich und die gewaltigen Menschenmassen zusammengehalten hatte, gefallen.

Japan nützte die Bindung der Westmächte im Ersten Weltkrieg aus und versuchte 1915 mit seinen bekannten «21 Forderungen» das ordnungslose China unter seinen Einfluss zu bringen. Angesichts der japanischen Bedrohung trat China 1917 auf der Seite der Alliierten in den Krieg gegen Deutschland ein, in der Hoffnung, für die späteren Verhandlungen dadurch eine günstigere Ausgangsbasis zu erlangen. Im Versailler Friedensvertrag (1918) wurde China bitter enttäuscht: das ehemalige deutsche Schutzgebiet Kiao-chou und die deutschen Rechte (Handels- und Wirtschaftsprivilegien usw.) in der Provinz Shantung wurden Japan zugesprochen.

«Bewegung vom 4. Mai»

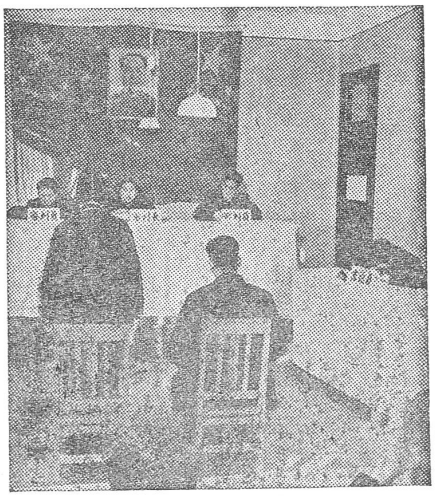
China fühlte sich kompromittiert. Es kam zu heftigen Erregungen im ganzen Land. Am 4. Mai 1919 fanden in Peking Protestdemonstrationen der Studenten statt, denen weitere Studentendemonstrationen im ganzen Land, Arbeiterstreiks und ein allgemeiner Boykott japanischer Waren folgte.

Hinter der «Bewegung» vom 4. Mai stand eine geistig-revolutionäre Bewegung unter der Führung der Intelligenz. Die Bewegung forderte den Kampf nach aussen um die volle nationale Souveränität auf allen Gebieten gegen die Vorrechte und Ansprüche der Fremden und den Kampf im Inneren gegen die alte Ordnung. Auf ihre Fahne hatte sie den Kampf gegen den Konfuzianismus, für die Demokratie, für die Freiheit der Wissenschaften, für die Emanzipation der Frauen und für die «Literarische Revolution» geschrieben. Das geistige und organisatorische Zentrum dieser Bewegung war die Universität in Peking, an der damals Mao Tse-tung gerade Bibliotheksangestellter war und so in den Bann der neuen, revolutionären Ideen geriet. Für den Marxismus zeigte die Bewegung noch kein Interesse. Erst Lenin und die Erfolge der russischen Oktoberrevolution bewiesen den Führern der Bewegung die Anwendbarkeit des Marxismus auf ein rückständiges Agrarland wie China.

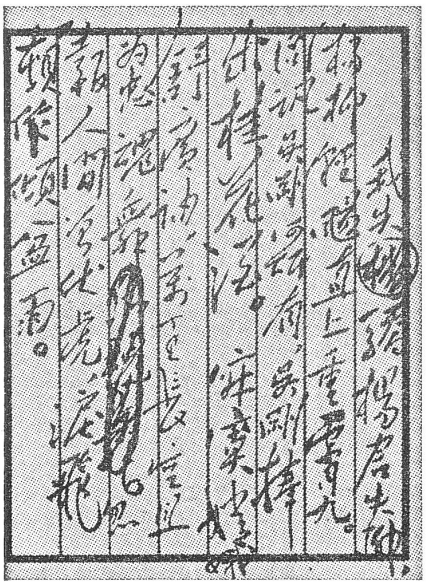
Das Beispiel Russlands vor Augen, gründeten im Jahre 1921 einige führende Männer der 4.-Mai-Bewegung die Kommunistische Partei Chinas (KPCh).

Im Jahre 1918 konnte sich die Kuomintang unter Sun Yat-sen konsolidieren und gründete in Kanton eine Gegenregierung zu der von konservativen Militärgouverneuren beeinflussten Pekinger Regierung. Das Regierungsprogramm Sun Yat-sens fusste auf seinen «drei Grundlehren vom Volk»: auf dem nationalen Prinzip der vollen Souveränität, auf dem Prinzip der demokratischen Volksherrschaft und auf dem sozialen Prinzip der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse.

Im Bemühen, innerhalb der Kuomintang an Einfluss zu gewinnen, entschloss sich die KPCh 1923/24 zur engen Zusammenarbeit mit der



Die neuen Gesellschaftsformen setzen sich durch: ein Scheidungsverfahren in den frühen fünfziger Jahren.



Mao Tse-tung ist nicht nur Dogmatiker, sondern auch Lyriker. So sieht das Gedicht «Die Unsterblichen» in seiner Handschrift aus.

Kuomintang, die sich mit der Sowjetunion liiert hatte. Doch das Bündnis war nur von kurzer Dauer. Der Tod Sun Yat-sens (1925) hatte die Führer der Kuomintang in Uneinigkeit über die Nachfolge und über die Verwirklichung des Programms gestürzt. Den Bruch mit der Kuomintang (1927) musste die KPCh mit einer Einbusse an Einfluss bezahlen. 1930 jedoch gelang es Mao Tse-tung, der bis dahin keine führende Rolle innerhalb der KP spielte, mit der Unterstützung der Bauern in den Bergen der Provinz Kiangsi einen kommunistischen Sowjetstaat zu errichten. Als 1932 die Führung der chinesischen KP in Maos Separatstaat Zuflucht suchte, weil sie sich in Shanghai vor den blutigen Verfolgungen Tschiang Kai-scheks — er hatte nach dem Tode Sun Yat-sens mit Hilfe des Militärs die Macht innerhalb der Kuomintang an sich gerissen und in Nanking eine Regierung gebildet — nicht mehr schützen konnte, sah Mao darin seine Legitimation, sich an die Spitze der KP zu stellen.

Der «Lange Marsch»

Bis 1934 konnte sich Mao gegen die Truppen der Kuomintang behaupten. Der militärischen Uebermacht weichend unternahm er mit seinen schlecht bewaffneten Kommunisten einen Durchbruch durch die gegnerische Umzingelung. Nach langen Märschen und ständigen Gefechten mit der Kuomintang-Armee erreichte er 1936 mit dem Rest der Kommunisten das Bergland von Nord-Shensi und baute dort ein neues Machtzentrum auf. Der «Lange Marsch» hat seither für die chinesischen Kommunisten eine geradezu mythische Bedeutung.

Der Krieg gegen Japan (1937/1945) vereinte nochmals Kuomintang und KPCh für eine kurze Zeit, bis im Dezember 1941 der pazifische Krieg der Alliierten gegen Japan begann. In der Folge setzte in China ein umfassender Machtkampf zwischen KP und Kuomintang ein. Weder KP noch Kuomintang kümmerten sich in erster Linie um die Unterwerfung Japans, sondern beide versuchten, für die Zeit nach dem Krieg Einfluss und Bedeutung bei der chinesischen Bevölkerung zu gewinnen. 1945 schliesslich war das Kuomintang-Regime in Nanking so geschwächt und innerlich durch Zwistigkeiten unter den einzelnen Führern so zerrissen, dass es der Rolle einer Siegermacht nicht gewachsen war.

Die Kommunisten hatten sich von Shensi aus weit über den Norden Chinas ausgebreitet und machten in den von den Japanern geräumten Gebieten die Herrschaft der Kuomintang streitig. Vom Herbst 1948 an brachten die kommunistischen Heere ohne bedeutende fremde Hilfe China von der Mandschurei bis in den äussersten Süden und Südwesten in ihre Gewalt.

Die Machtergreifung

Am 1. Juli 1949, noch vor der endgültigen Eroberung des chinesischen Festlandes durch die Kommunisten, veröffentlichte Mao Tse-tung seine Denkschrift «Ueber die Diktatur der Volksdemokratie», in der er die Richtlinien für die kommunistische Herrschaft über China niederlegte. In der Denkschrift hiess es: «Die kommunistische Partei der UdSSR ist unser allerbester Lehrer, und wir müssen ihre Schüler sein.» Unter anderem waren darin fünf Hauptziele formuliert, die Mao anzustreben gedachte:

a) Die Wirtschaft des Landes sollte wieder hergestellt und unter die straffe Kontrolle des Staates genommen werden (dies erschien Mao als eine der schwierigsten und kritischsten Aufgaben);

b) Die Zusammenfassung der Macht in der Hand der Partei. Der erste Schritt dazu war die Ausdehnung der Herrschaft über ganz China. Zunächst sollte das Volk durch Ueberredung für die Ziele der Partei gewonnen werden. Als Mao aber die Partei für stark genug hielt, bekannte er sich offen zur Gewalt und zur Diktatur, ganz im Sinne Lenins und Stalins;

c) Die Beseitigung des inneren und äusseren «Feindes». Den Kampf um die Herrschaft in China betrachtete die kommunistische Parteiführung als einen erbitterten Klassenkampf. Der äussere Feind war der sogenannte «Imperialismus» der ehemaligen Kolonialmächte;

d) Die Bildung eines stehenden Heeres, das die Geltung Chinas im Ausland steigern sollte. «China kann eine Militärmacht erster Klasse in der Welt wie die Sowjetunion werden, wenn wir gewissenhaft dafür arbeiten», erklärte später die Pekinger «Volkszeitung» dazu (Leitartikel vom 1. Januar 1951);

e) Die Vollendung der Agrarreform. Sie war ein Teil des Grossprogramms, die alte Gesellschaftsform Chinas radikal umzugestalten, und hatte weitgehend dazu beigetragen, die Bauern für den Kommunismus zu gewinnen. Gleichzeitig konzentrierte sich der ideologische und propagandistische Kampf gegen die chinesische Familie.

Vom 21. bis 29. September 1949 tagte in Peking, das von den Kommunisten wieder als Hauptstadt erklärt wurde, die politische Ratskonferenz des chinesischen Volkes, die — den Richtlinien Maos folgend — drei Grundsätze aufstellte: das gemeinsame Programm der Einheitsfront (von der KP kontrolliert und gelenkt), das Gesetz über die Zentrale Volksregierung der Volksrepublik China und das Gesetz über die Politische Beratende Konferenz des chinesischen Volkes.

VRC beginnt

Am 1. Oktober 1949 hatte Mao Tse-tung sein erstes Ziel erreicht. Als Vorsitzender der KP und der «Chinesischen Volksregierung» verkündete er in Peking die Bildung einer Zentralen Volksregierung der Volksrepublik China und erklärte, dass sie «die einzige gesetzmässige Regierung sei und das ganze Volk der Volksrepublik China vertrete». Tschiang Kai-schek floh mit seinen Gefolgsleuten auf die Insel Taiwan (Formosa) unter den Schutz der USA.

Die neue Regierung ging mit Vehemenz an die Arbeit, die Grundlagen für die Verwaltung des grossen Landes zu schaffen. Ende 1950 waren die meisten grösseren Verordnungen und Gesetze verkündet (u. a. das Grundgesetz über die Regierung der grossen Verwaltungsgebiete, das Gesetz über die Landreform, das Gesetz über die Gewerkschaften und das Ehegesetz).

Die Sowjetunion hatte Maos Regierung unmittelbar nach der Verkündung offiziell anerkannt. Die diplomatischen Beziehungen mit 16 anderen Staaten wurden im ersten Regierungsjahr aufgenommen. Am 16. Dezember 1949 traf Mao Tse-tung in Moskau ein, um sich dort die «unverbrüchliche Freundschaft der grossen und brüderlichen Sowjetunion unter ihrem weisen Führer Stalin» zu sichern. Erst im März 1950 kehrte Mao aus Moskau nach Peking zurück; über die Einzelheiten seiner Gespräche mit Stalin herrscht bis heute Stillschweigen.

Am ersten Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China brüstete sich Mao stolz der Erfolge seiner Regierung und seiner Partei, unter anderem auch darüber, dass die kommunistische Armee seit Juli 1946 allein «8,07 Millionen feindlicher Soldaten» vernichtet habe. Am 7. Oktober 1950 setzte die kommunistische Armee «zur Befreiung» Tibets an. Am 25. Oktober stürzten sich die «Freiwilligen des chinesischen Volkes» in den Koreanischen Krieg. Dieser Krieg diente im Inland als Vorwand für die Verschärfung der Kontrolle des öffentlichen Lebens durch die allesumfassende Partei.

1,5 Millionen Hinrichtungen

Das Jahr 1951 stand unter dem Zeichen der Gewalt, die sich in zwei Einrichtungen manifestierte: in den «Volkstribunalen», die die Landreform durchzupeitschen hatten, und in den «Volksgerichten», vor denen nach Weisungen der Partei die «Konterrevolutionäre» abgeurteilt wurden. Der Verwaltungsrat der Regierung, das oberste Exekutivorgan des Mao-Regimes, verkündete am 7. Februar 1951 die Vorschriften zur Bestrafung der Konterrevolutionäre. Im ganzen Lande wurden von den Spürhunden der Partei konterrevolutionäre Gruppen «entdeckt» — Tausende von Todesurteilen am Tag waren die Regel. Etwa 1,5 Millionen Chinesen sollen (nah kommunistischen Quellen) im Jahre 1951 hingerichtet worden sein. Konterrevolutionäre, die man nicht hingerichtet hatte, wurden der berüchtigten «Umerziehung durch Arbeit» (d. h. Sklavenarbeit) unterworfen. Die berühmte Flutregulierung am Huai-Fluss zum Beispiel wurde von Sklavenarbeitern ausgeführt.

Der Kampf gegen die «Konterrevolutionäre» war mit einem Programm zur Unterordnung der Religion — letzte Bastion des alten China gegen die neuen Machthaber — unter den Staat verbunden. Im März setzten die erbarmungslosen Religionsverfolgungen gegen den Taoismus und gegen die ausländischen christlichen Missionare ein.

Auch gegenüber dem Ausland trat das Regime Maos mit Gewalt auf. Der Koreakrieg wurde mit einer beispiellosen Hasskampagne gegen die Vereinigten Staaten verbunden. Die Erpressungen von Lösegeld bei den Auslandchinesen wurden auf die Spitze getrieben. Die Angehörigen von Auslandschinesen sollten angeblich von Verfolgungen verschont bleiben, wenn ihre Verwandten im Ausland ein entsprechendes Lösegeld bezahlten.

Der erste Fünfjahresplan ...

Am Jahresende hatte die Gewaltpolitik des Regimes eine solche Furchtpsychose im Lande

erzeugt, dass Mao und seine Genossen nicht mehr mit Widerstand rechnen zu müssen glaubten.

1952 wurde die Kontrolle über das Volk systematisch ausgebaut, die Agrarreform wurde als abgeschlossen erklärt, die Regierung wurde mehr dem sowjetischen Muster angepasst und die Provinzen des Landes neu umgruppiert, um der Zentralregierung die Ueberwachung zu erleichtern. Am 24. Dezember verkündete Tschu En-lai, den Mao inzwischen der Form halber zum Regierungschef ernannt hatte, den ersten chinesischen Fünfjahresplan nach sowjetischem Vorbild. Die «Wahlen» für den ersten Gesamtkongress des chinesischen Volkes wurden vorbereitet. Die wirtschaftlichen Bindungen zur Sowjetunion wurden verstärkt und das chinesische Heer mit sowjetischer Hilfe weiter aufgerüstet. Die meisten Ausländer — soweit sie noch im Lande waren — wurden ausgewiesen und die Westmächte gezwungen, ihren Besitz in China aufzugeben.

... im Todesjahr Stalins

Das Jahr 1953 dämpfte den bisherigen Optimismus der chinesischen Führer. Stalin starb und China verlor seinen «grössten Freund» (Mao). Ueberschwemmungen, Hungersnöte, Taifune, Fröste und Ernteschäden stellten sich ein. China stand am Rande eines Chaos und im Oktober stellte die Regierung die Hilfsaktion gegen den Hunger ein und empfahl der Bevölkerung, selbst nach Rettung zu suchen. Sparsamkeitskampagnen wurden eingeführt und der Fünfjahresplan zweimal ganz erheblich gekürzt. Im Juli wurde die «Volkskontrolle» eingeführt. Lediglich strategische Arbeiten und das Heer blieben von den Einschränkungen verschont.

Die nationalen «Wahlen», zu denen Mao am 1. März aufgerufen hatte, mussten verschoben werden. Die Propaganda für das neue Ehegesetz und die Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft, die man nach der Landreform in Angriff genommen hatte, wurde vorübergehend eingestellt. Jedoch wurde im Juni die erste Volkszählung in der Geschichte Chinas durchgeführt. Trotz der katastrophalen Hungersnot exportierte China weiterhin landwirtschaftliche Güter in die Sowjetunion und in andere Staaten des Ostblocks, um dafür Waffen und anderes kriegswichtiges Material zu erhalten. Zugleich wurden 25 000 japanische Kriegsgefangene (aus dem Zweiten Weltkrieg) und gefangene Soldaten der Vereinten Nationen (aus dem Koreakrieg) entlassen, weil man sie nicht mehr ernähren konnte. Die russischen Emigranten wurden massenweise aus der Mandschurei ausgetrieben.

Trotz dieser negativen Bilanz am Ende des Jahres 1953, entschloss sich die Führung der chinesischen Kommunisten, weiterhin dem Weg Stalins zu folgen. Bereits im Januar setzte eine umfangreiche Propaganda für die «Richtlinien des Staates während der Zeit des Uebergangs zum Sozialismus» ein. Die KP, nicht die Regierung, verkündete die Kollektivierung des Landes, trotz Chruschtschews Warnungen. Darauf folgte der Beschluss des ZK der KPCh über die Säuberungen in der Partei (Februar 1954), um gewisse Dezentralisierungsströmungen im Keime zu ersticken. Das ZK verlangte den Gehorsam aller Provinz-Sekretäre.

Die zweite Phase

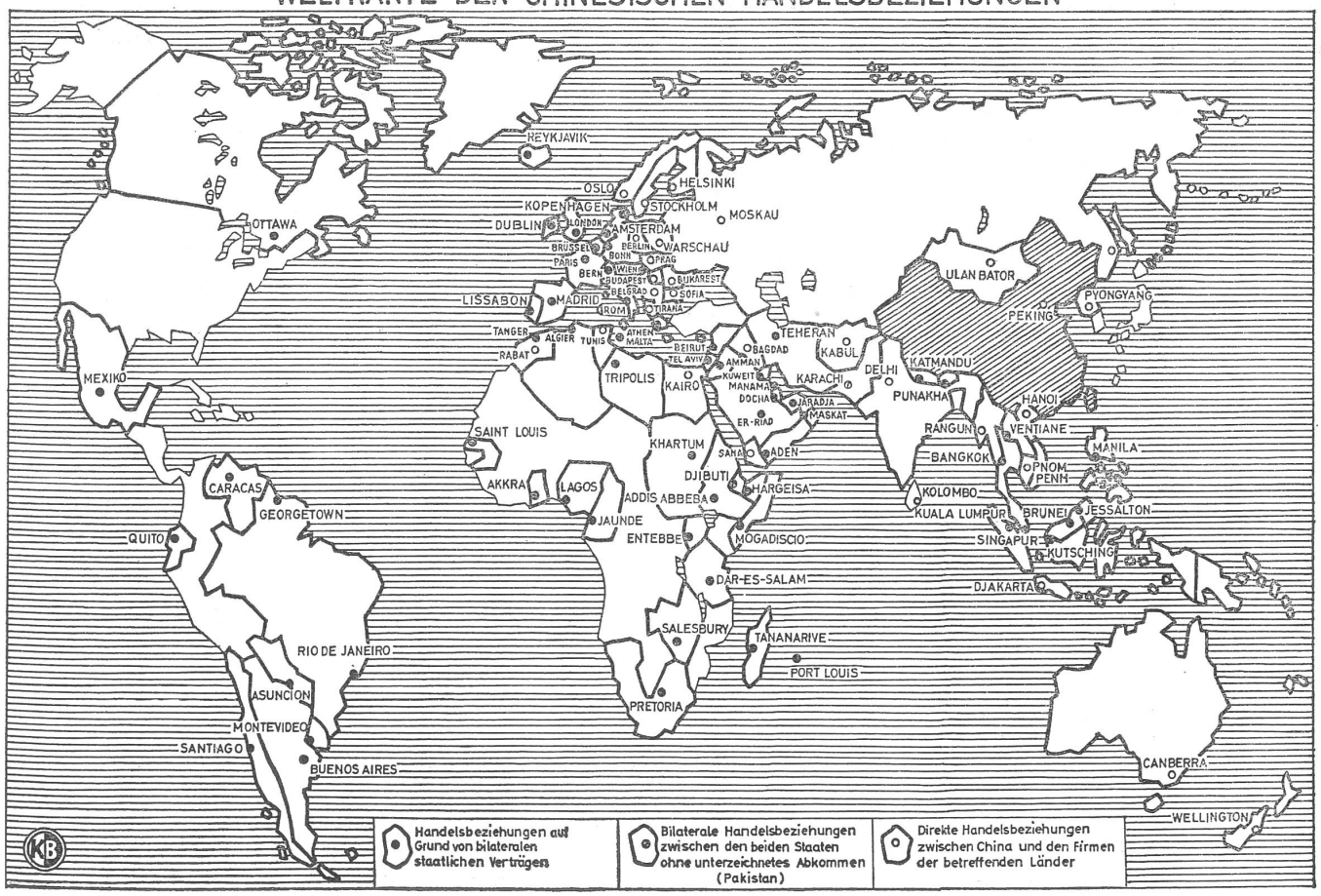
Am 14. Juni veröffentlichte die KP den Entwurf der neuen Verfassung, der weitgehend der Stalinschen Verfassung von 1936 glich, mit der einzigen Ausnahme, dass er keine direkten Wahlen vorsah. Vor allem wurde in der Verfassung festgelegt, dass die kommunistische Partei in Zukunft die einzige Partei des chinesischen Volkes ist. Die Einheitsfront aus den verschiedenen «Parteien», wurde aufgelöst. Im September trat der aus den «Wahlen» (Dezember 1953) hervorgegangene erste «Gesamtkongress des Volkes» zusammen und nahm die neue Verfassung an (20. 9. 1954).

Die letzten wirtschaftspolitischen Massnahmen zur Errichtung einer totalen staatlichen Planwirtschaft fielen ebenfalls in das Jahr 1954.

Die Genfer Aussenministerkonferenz des Jahres 1954, bei der Tschu En-lai die chinesische Delegation führte, war ein bedeutender Erfolg der rotchinesischen Diplomatie.

Mao Tse-tung, der 1940 erklärt hatte: «Die chinesische Revolution kann nur in zwei Stufen durchgeführt werden, a) der Neuen Demokratie, b) dem Sozialismus, und wir müssen betonen, dass der Zeitbedarf für die erste Stufe ziemlich gross sein wird», hatte 1954 die meisten der im Jahre 1949 formulierten Ziele seiner Partei erreicht. Er erklärte den Abschnitt der «Neuen Demokratie» für beendet und verkündete den Beginn der «Periode des Uebergangs zum Sozialismus». Der Kommunismus hatte sich in China endgültig festgesetzt. China war zur Grossmacht geworden und Mao Tse-tung war unbeschränkter Alleinherrscher über 615 Millionen Menschen.

WELTKARTE DER CHINESISCHEN HANDELSBEZIEHUNGEN



Die chinesische Handelskarte von 1960 ist die letzte, die noch von der Zeitschrift des sowjetischen Aussenhandelsministeriums veröffentlicht wurde. Kuba ist noch ein weisser Fleck, Afrika hat noch nicht sein heutiges Gesicht, und Südafrika insbesondere ist noch im Commonwealth. Zu diesem Partner hat China seither trotz Uno-Boykottempfehlung seine Handelsbeziehungen erweitert.